

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung

Sitzung: Donnerstag, 03.02.2022

Ort: Stadthalle Braunschweig - Vortragssaal, St. Leonhard 14, Zugang über "An der Stadthalle", 38102 Braunschweig,
Videokonferenz, Webex-Meeting

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 16:44 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Frank Flake - SPD

Mitglieder

Herr Claas Merfort - CDU

Herr Christoph Bratmann - SPD

Herr Matthias Disterheft - SPD

Frau Annegret Ihbe - SPD

wird vertreten durch Ratsfrau Lerche

Herr Helge Böttcher - B90/GRÜNE

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

Frau Leonore Köhler - B90/GRÜNE

Herr Kai-Uwe Bratschke - CDU

Herr Frank Täubert - CDU

Herr Udo Sommerfeld - Die FRAKTION. BS

Frau Bianca Braunschweig - BIBS

Herr Sven-Markus Knurr - Direkte Demokraten

Herr Mathias Möller - FDP

Herr Stefan Wirtz - AfD

anwesend ab 15:15 Uhr

Stellvertretende Mitglieder

Frau Sonja Lerche - SPD

Gäste

Herr Hans-Peter Lorenzen - Geschäftsführer der Volkshochschule Braunschweig GmbH

Personalvertretung

Keine Teilnahme

Verwaltung

Herr Christian Geiger - Dezernent VII
Herr Henning Sack - FBL 10 (zugleich Vertretung Dezernent II)
Herr Markus Schlimme – FBL 20
Frau Dr. Svetlana Katolnik – AbtL 20.1
Frau Marion Lenz - Gleichstellungsbeauftragte
Herr Jan-Christoph Friedrich - stellv. RefL 0610
Herr Sascha Jelitto – StL 20.31
Frau Christa Seuberlich – AbtL 20.3
Frau Melanie Esters – StL 51.01
Protokollführung
Herr Nils Roßmann – FB 10
Herr Mathias Poznansky – FB 20
Frau Johanna Pomykaj – FB 20

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1 Eröffnung der Sitzung

Öffentlicher Teil:

13 Eröffnung des öffentlichen Teils (Personal)

14 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 09.12.2021

15 Mitteilungen (Personal)

16 Anträge (Personal)

17 Berufung von einem Stellvertretenden Ortsbrandmeister in das Ehrenbeamtenverhältnis 22-17701

18 Berufung von 2 Stellvertretenden Stadtbrandmeistern in das Ehrenbeamtenverhältnis 22-17703

19 Abberufung einer Prüferin im Rechnungsprüfungsamt 22-17737

20 Anfragen (Personal)

21 Eröffnung des öffentlichen Teils (Finanzen)

22 Mitteilungen (Finanzen)

23 Anträge (Finanzen)

23.1 Neugestaltung der Stadthalle 22-17744

23.1.1 Neugestaltung der Stadthalle 22-17744-01

| | | |
|--------|---|-------------|
| 23.1.2 | Änderungsantrag zu 22-17744 Neugestaltung der Stadthalle | 22-17859 |
| 23.1.3 | Zukunft der Stadthalle und des Kongressstandorts Braunschweig Änderungsantrag zum Antrag 22-17744 | 22-17744-02 |
| 24 | Gewährung von Fördermitteln der Kommunalen Wohnraumförderung | 21-16997 |
| 25 | Volkshochschule Braunschweig GmbH - Änderung des Gesellschaftsvertrags | 22-17803 |
| 26 | Volkshochschule Braunschweig GmbH Vergaberechtliche Betrauung und EU-beihilferechtskonforme Finanzierung | 22-17804 |
| 27 | Änderung der Vergnügungssteuersatzung | 22-17563 |
| 28 | Anpassung der Dynamisierung der Zuwendungen ab dem Jahr 2022 | 21-17494 |
| 29 | Sondervermögen Pensionsfonds; Haushaltsvollzug 2021 Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß §117 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) | 22-17564 |
| 30 | Zuwendung zum Wiederaufbau eines Stadtmauerfundes am Weg Neuer Geiershagen | 21-17179 |
| 31 | Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 € | 21-17541 |
| 32 | Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 100 € bis 2000 € | 21-17540 |
| 33 | Anfragen (Finanzen) | |
| 33.1 | Fehlende Berücksichtigung des Ausbaus der Betreuung von Kindern unter drei Jahren und Schulkindern im Teilhaushalt des Fachbereichs 51 | 22-17808 |
| 33.1.1 | Fehlende Berücksichtigung des Ausbaus der Betreuung von Kindern unter drei Jahren und Schulkindern im Teilhaushalt des Fachbereichs 51 | 22-17808-01 |

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Ausschusssitzung findet als Hybrid-Sitzung statt, die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung nehmen an der Sitzung per Videokonferenz teil. Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Flake, leitet die Sitzung in Präsenz.

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

Öffentlicher Teil:

13. Eröffnung des öffentlichen Teils (Personal)

14. Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 09.12.2021

Abstimmungsergebnis: Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltung: 1

15. Mitteilungen (Personal)

Herr Sack bezieht sich auf die Mitteilung außerhalb von Sitzungen vom 23.12.2021, 21-17493 Gleichstellungsplan der Stadt Braunschweig für die Jahre 2021 bis 2023.

Herr Sack führt aus, dass die Verwaltung im Bereich der Gleichstellung gut aufgestellt sei. Entwicklungspotential besteht indes in der Unterrepräsentanz von Frauen in Führungspositionen. Hier arbeite die Verwaltung mit der Gleichstellungsbeauftragten an den Zielvorgaben des NGG. Ein positives Beispiel aus der Vergangenheit sei die Besetzung der Stelle der Fachbereichsleitung 40.

Frau Lenz führt aus, dass sie sich Herrn Sack im Wesentlichen anschließen kann, besonders hervorzuheben sei die gelungene Analyse des Gleichstellungplans.

16. Anträge (Personal)

Es liegen keine Anträge vor.

17. Berufung von einem Stellvertretenden Ortsbrandmeister in das Ehrenbeamtenverhältnis

22-17701

Beschluss:

Das nachstehend aufgeführte Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen:

| Ifd. Nr. | Ortsfeuerwehr | Funktion | Name, Vorname |
|-----------------|----------------------|------------------------------------|-------------------------|
| 1 | Volkmarode | Stellvertretender Ortsbrandmeister | Cañete, Daniele Maurice |

Abstimmungsergebnis: Dafür: 11 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

18. Berufung von 2 Stellvertretenden Stadtbrandmeistern in das Ehrenbeamtenverhältnis

22-17703

Beschluss:

Die nachstehend aufgeführten Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen:

| Bereich | Funktion | Name, Vorname |
|----------------|-----------------|----------------------|
|----------------|-----------------|----------------------|

| | | |
|------|-------------------------------------|---------------|
| West | Stellvertretender Stadtbrandmeister | Loos, Michael |
| Süd | Stellvertretender Stadtbrandmeister | Witt, Markus |

Abstimmungsergebnis: Dafür: 11 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

19. Abberufung einer Prüferin im Rechnungsprüfungsamt

22-17737

Beschluss:

Die Stadtamtfrau Steffi Hartmann wird gem. § 154 Abs. 2 des Nieders. Kommunalverfassungsgesetzes - NKomVG - als Prüferin beim Rechnungsprüfungsamt abberufen.

Die Zustimmung der Aufsichtsbehörde ist zu beantragen.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 11 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

20. Anfragen (Personal)

Es liegen keine Anfragen vor.

21. Eröffnung des öffentlichen Teils (Finanzen)

22. Mitteilungen (Finanzen)

Es liegen keine Mitteilungen vor.

23. Anträge (Finanzen)

23.1. Neugestaltung der Stadthalle

22-17744

Ergebnis: Der Antrag wurde durch den Änderungsantrag Ds.Nr. 22-17859 ersetzt.

23.1.1. Neugestaltung der Stadthalle

22-17744-01

Ergebnis: Die Stellungnahme 22-1744-01 wird zur Kenntnis genommen.

23.1.2. Änderungsantrag zu 22-17744 Neugestaltung der Stadthalle

22-17859

Der Rat möge beschließen:

1. Da die Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 19.12.2017 über die Vorbereitung der Ausschreibung eines partnerschaftlichen Modells (PPP) zur Sanierung der Stadthalle undurchführbar ist, wird der Ratsbeschluss aufgehoben.

2. In einem europaweiten Realisierungswettbewerb mit einem vorgesetzten Bewerber-Auswahlverfahren wird ermittelt, wie die Stadthalle Braunschweig am geeignetsten zu einem modernen Kulturzentrum der Braunschweiger Region umgestaltet werden kann. Dabei sind eine Sanierung oder ein Neubau darzustellen.

2. Als Neustart des Verfahrens zur Sanierung der Stadthalle wird in einem europaweiten Realisierungswettbewerb mit vorgesetzten Bewerber-Auswahlverfahren ermittelt, wie die Stadthalle Braunschweig am bestem zu einem modernen Kulturzentrum

der Braunschweiger Region umgestaltet werden kann.

3. Auf Basis des Siegerentwurfes ist dem Rat zeitnah eine Vorlage zur Umsetzung der Sanierung vorzulegen.
4. Zusätzlich wird auf Basis des Siegerentwurfes die Projektsteuerung sowie die technische und wirtschaftliche Beratung mit einem Ausschreibungsverfahren an ein leistungsstarkes und mit entsprechenden Referenzen versehenes Unternehmen vergeben.
5. Im Anschluss wird von dem Projektsteuerer ermittelt, ob die Vergabe nach Gewerken oder die Vergabe an einen Totalunternehmer (reine Bauvergabe, keine Unterhaltung) am wirtschaftlichsten ist.
6. Nach Durchführung dieser Schritte ist dem Rat eine Gesamtvorlage zuzuleiten und mit der Sanierung zu beginnen.

7. Parallel zu diesem Verfahren wird die Verwaltung gebeten, sofort zu untersuchen, ob die bis 2017 erfolgten Voruntersuchungen (NEK, Assmann, W+S) aktuell noch verwendbar sind. Falls dem nicht so ist, sind erneute Voruntersuchungen zeitnah durchzuführen bzw. zu beauftragen.

Antrag zur Geschäftsordnung auf getrennte Abstimmung

Abstimmungsergebnis zur Ifd. Nr. 1: Dafür: 4 Dagegen: 7 Enthaltung: 0

Abstimmungsergebnis zu Ifd. Nrn. 2-7: Dafür: 1 Dagegen: 10 Enthaltung: 0

Der Antrag wurde insgesamt abgelehnt.

23.1.3.Zukunft der Stadthalle und des Kongressstandorts Braunschweig Änderungsantrag zum Antrag 22-17744 22-17744-02

1. Der Ratsbeschluss zur Sanierung der Stadthalle (DS.-Nr. 17-05842 mit den entsprechenden Ergänzungen sowie dem Änderungstrag 17-06022) aus der Ratssitzung am 19. Dezember 2017 wird aufgehoben.
2. Die Verwaltung wird aufgefordert, unter fachlicher Beteiligung der Unteren Denkmalschutzbehörde mit dem Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege in Gespräche einzutreten mit dem Ziel, die Braunschweiger Stadthalle wieder aus dem Verzeichnis der Baudenkmale zu streichen
3. Parallel beginnen die Planungen für Abriss und Neubau am heutigen Standort sowie Abriss und Neubau an einem neuen Standort.

Antrag zur Geschäftsordnung auf getrennte Abstimmung

Abstimmungsergebnis zur Ifd. Nr. 1: Dafür: 4 Dagegen: 7 Enthaltung: 0

Abstimmungsergebnis zur Ifd. Nr. 2: Dafür: 3 Dagegen: 8 Enthaltung: 0

Abstimmungsergebnis zur Ifd. Nr. 3: Dafür: 3 Dagegen: 8 Enthaltung: 0

Der Antrag wurde insgesamt abgelehnt.

24. Gewährung von Fördermitteln der Kommunalen Wohnraumförderung 21-16997

Beschluss:

Der Baugenossenschaft Wiederaufbau eG werden als kommunale Wohnraumförderung in Ergänzung der bereits bewilligten Förderung zusätzliche Mittel in Höhe von 11.271,60 € bewilligt.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 11 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

25. Volkshochschule Braunschweig GmbH - Änderung des Gesellschaftsvertrags 22-17803

Beschluss:

„Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Volkshochschule Braunschweig GmbH wird angewiesen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Änderung des § 3 des Gesellschaftsvertrags der Volkshochschule Braunschweig GmbH gemäß der als Anlage beigefügten Neufassung wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis: Dafür: 11 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

26. Volkshochschule Braunschweig GmbH 22-17804
Vergaberechtliche Betrauung und EU-beihilferechtskonforme Finanzierung

Beschluss:

- „1. Die Betrauung der Volkshochschule Braunschweig GmbH mit Aufgaben der Erwachsenenbildung - in Form des Betriebs einer Volkshochschule zur Förderung der Erwachsenenbildung nach dem Niedersächsischen Gesetz zur Förderung der Erwachsenenbildung (NEBG) - in Braunschweig wird auf Basis des als Anlage beigefügten Belehrungstextes beschlossen.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, die für die Betrauung der Volkshochschule Braunschweig GmbH erforderlichen Erklärungen abzugeben.“

Abstimmungsergebnis: Dafür: 11 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

27. Änderung der Vergnügungssteuersatzung 22-17563

Beschluss:

Die Dritte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung) wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 11 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

28. Anpassung der Dynamisierung der Zuwendungen ab dem Jahr 2022 21-17494

Beschluss:

1. Die Zuschüsse der institutionell geförderten Einrichtungen im Sozial-, Jugend- Sport-, Kultur und Wissenschaftsbereich, deren Kostensteigerung nicht durch anderweitige Vereinbarungen geregelt sind, werden ab dem Haushaltsjahr 2022 gemäß der allgemeinen Kostenentwicklung im Personal- und Sachkostenbereich erhöht (dynamisiert), soweit es die aktuelle Haushaltslage zulässt.
2. Die Projektförderungen mit einer langen Laufzeit oder ohne zeitliche Begrenzung werden der institutionellen Förderung gleichgesetzt und in die Dynamisierung einbezogen. Projektförderungen sind im Kultur- und Wissenschaftsbereich entsprechend der hier gültigen Richtlinie in der Regel auf die Dauer eines Haushaltjahres begrenzt. Die Projektförderungen, die im Haushalt gesondert ausgewiesen sind, werden ebenfalls in die Dynamisierung einbezogen.
3. Zudem werden die Zuwendungen für vorpfliegerische Maßnahmen im Einzugsgebiet der Sozialstationen in die Dynamisierung aufgenommen, um dauerhaft die ursprünglich mit der Stadt Braunschweig vereinbarte Deckung von 80% der durchschnittlichen Personalkosten einer Sozialarbeiterstelle zu gewährleisten.
4. Der Zuschuss für Personal- und Sachkosten der Nachbarschaftshilfen wird regelmäßig so erhöht, dass dieser eine Dynamisierung zulässt.
5. Die Dynamisierung erfolgt, sofern ausschließlich Personalkosten gefördert werden, unter Zugrundelegung der durchschnittlichen prozentualen Tarifsteigerungen des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst im Bereich der Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände (TVöD-VKA) für die Jahre 2016 - 2020 von 2,42 %.

Die Dynamisierung erfolgt, sofern ausschließlich Sachkosten gefördert werden, unter Zugrundelegung der durchschnittlichen prozentualen Steigerung des Verbraucherpreisindex für die Jahre 2016 - 2020 von 1,14 %.

Die Dynamisierung bei Förderung von Personal- und Sachkosten erfolgt unter Zugrundelegung eines Mischwertes der durchschnittlichen prozentualen Tarifsteigerungen des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst im Bereich der Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände (TVöD-VKA) für die Jahre 2016 - 2020 von 2,42 % und der durchschnittlichen prozentualen Steigerung des Verbraucherpreisindex für die Jahre 2016 - 2020 von 1,14 %.

Der Mischwert von 2,16 % setzt sich zusammen aus einem Anteil von 80 % Tarifsteigerung und 20 % Verbraucherpreisindex.

Die ermittelten Dynamisierungsbeträge werden auf volle 100 € aufgerundet.

Die Entwicklung der durchschnittlichen prozentualen Tarifsteigerungen und des durchschnittlichen Verbraucherpreisindex ist erstmalig zum Haushaltsjahr 2024 zu überprüfen und ggf. anzupassen. Die Überprüfung soll zum Stichtag 31. März 2023 erfolgen. Weitere bis zur Haushaltslesung bekanntwerdende Tarifabschlüsse und Änderungen beim Verbraucherpreisindex bleiben unberücksichtigt.

6. Der Rat der Stadt Braunschweig ist über das Ergebnis in Form einer Mitteilung zu unterrichten. Die Zuwendungsempfänger sind über die Entwicklung zu unterrichten.
7. Die Dynamisierung erfolgt auch dann, wenn durch Beschluss des Rates eine Erhöhung der Zuschüsse aus anderen Sachgründen, wie z.B. eine Angebotsausweitung aufgrund erhöhter Nachfrage, erfolgt ist.
8. Die Anhebung erfolgt auf Grundlage der zur Erstellung des Haushaltsentwurfs letztbekannten Ist-Zahlen bzw. Plan-Zahlen und Vorgabewerte.

9. Es werden die Veröffentlichungen des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Niedersachsen zur tariflichen Steigerung im TVöD für die Dynamisierung der Zuwendungen zu grunde gelegt.
10. Im Rahmen der Dynamisierung ist eine Vollfinanzierung auszuschließen. Die Zuwendungsempfänger haben Eigenmittel im angemessenen Umfang einzubringen.
11. Die Beschlussvorlage und das Abstimmergebnis der Vorberatung im Ausschuss für Soziales und Gesundheit wird dem Jugendhilfeausschuss, dem Ausschuss für Kultur und Wissenschaft und dem Sportausschuss zur Kenntnis übersandt.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 8 Dagegen: 3 Enthaltung: 0

- 29. Sondervermögen Pensionsfonds; Haushaltsvollzug 2021** 22-17564
Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß §117 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)

Beschluss:

Den in der Vorlage aufgeführten außerplanmäßigen Auszahlungen gemäß § 117 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 11 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

- 30. Zuwendung zum Wiederaufbau eines Stadtmauerfundes am Weg Neuer Geiershagen** 21-17179

Beschluss:

Der Annahme einer Zuwendung nach § 111 NKomVG in Höhe von 100.000 € für den Wiederaufbau der 2011 gefundenen Stadtmauerreste aus der Zeit Heinrichs des Löwen am Weg Neuer Geiershagen wird zugestimmt.

Beschlusskompetenz:

Gemäß § 111 Abs. 7 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz in Verbindung mit § 26 Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung entscheidet seit dem 20. Mai 2009 der Rat über die Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 100 €. Mit Beschluss vom 16. Februar 2010 hat der Rat für Zuwendungen von über 100 € bis höchstens 2.000 € von der in der Verordnung geregelten Delegationsmöglichkeit an den Verwaltungsausschuss Gebrauch gemacht. Über die Annahme von Zuwendungen über 2.000 € hat der Rat zu entscheiden.

Nach der Dienstanweisung 20/10 der Stadt Braunschweig (SDA II) vom November 2018 ist bei Zuwendungen von sachlich oder finanziell besonderer Bedeutung der jeweilige inhaltlich zuständige Fachausschuss zu beteiligen.

Da der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung mit allen Vorlagen zur Annahme von Zuwendungen zu befassen ist, ist er gem. Vorlage 21-17113, Anlage 2, Seite 2, Ifd. Nr. 13 zusätzlich zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 11 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

- 31. Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €** 21-17541

Beschluss:

„Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis: Dafür: 11 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

32. Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 100 € bis 2000 € 21-17540

Beschluss:

„Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis: Dafür: 11 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

33. Anfragen (Finanzen)

33.1. Fehlende Berücksichtigung des Ausbaus der Betreuung von Kindern unter drei Jahren und Schulkindern im Teilhaushalt des Fachbereichs 51 22-17808

Ergebnis: Die Anfrage wird mit der Stellungnahme 22-17808-01 beantwortet.

33.1.1.Fehlende Berücksichtigung des Ausbaus der Betreuung von Kindern unter drei Jahren und Schulkindern im Teilhaushalt des Fachbereichs 51 22-17808-01

Ergebnis: Die Stellungnahme 22-17808-01 wird zur Kenntnis genommen.

33.2. Mündliche Anfrage von Ratsherrn Böttcher

Ratsherr Böttcher stellt Fragen zur finanziellen Einplanung der Kosten für das „Host Town Program“ im Rahmen der Special Olympics in 2023. Herr Schlimme beantwortet die Fragen.

gez.
Flake
Vorsitzender

gez.
Geiger
Erster Stadtrat

gez.
Poznansky
Schriftführer Finanzen

gez.
Sack
FBL 10 (Vertretung Dez. II)

gez.
Roßmann
Schriftführer Personal